

Budget 2009

Parlament muss an Priorität festhalten

Seit einigen Wochen liegt der Vorschlag der Regierung für das Budget 2009 auf dem Tisch. Erneut ist eine Kreditsperre von einem Prozent vorgesehen – auch für Bildung, Forschung und Innovation (BFI)! Vergessen sind die Versprechen des Bundesrats, der 2007 versichert hatte, dem BFI-Bereich in der Legislaturperiode 2008–2011 höchste Priorität beizumessen. Im Gegensatz zur vorherigen Periode solle es kein «go and stop» mehr geben, hatten Doris Leuthard und Pascal Couchepin unisono verlauten lassen. Und auch Finanzminister Hans-Rudolf Merz hatte im Dezember 2007 vor dem Ständerat zugesichert: «In der Finanzplanung, die wir Ihnen im Januar 2008 präsentieren, werden wir – das kann ich Ihnen zusichern – diese sechs Prozent anhaltend für die ganze Legislatur drin haben!»

Der Überschuss für 2008 wird vermutlich drei Milliarden Franken betragen, der des Budgets 2009 etwa 1,4 Milliarden. Es leuchtet nicht ein, eine Kreditsperre von zweihundert Millionen Franken anzuwenden, wenn Rechnung und Budget die Vorgaben der Schuldenbremse mehr als erfüllen.

Die Glaubwürdigkeit unserer Landesregierung ist angeschlagen. Sie setzt Prioritäten, um diese gleich wieder umzustossen. Alt Ständerat Fritz Schiesser hatte vorgeschlagen, die Ausgaben für den BFI-Bereich als «gebundene Ausgaben» zu betrachten. Noch ist es nicht zu spät, diesen Ansatz wieder aufzunehmen. Es ist nun Aufgabe des Parlaments, an der vom Bundesrat bezeichneten Priorität festzuhalten.

*Team FUTURE, Präsidium
Felix Gutzwiller, Ständerat
Urs Hofmann, Nationalrat*

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz

Knacknuss ist die Finanzierung

Das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sollte 2012 in Kraft treten. Im Eidgenössischen Departement des Inneren und im Volkswirtschaftsdepartement arbeitet man an der Botschaft des Bundesrats, die Ende 2008 oder Anfang 2009 publiziert werden soll. Im Zentrum der Debatte steht das künftige Finanzierungsmodell.

Die Ziele des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und ihrer Koordination sind ambitiös:

- gemeinsame Koordination durch die Vorgabe gemeinsamer Organe,
- Aufbau eines Qualitätssicherungs- und Akkreditierungssystems,
- Etablierung einer strategischen nationalen Planung und Aufgabenteilung,
- Definition eines transparenten und gerechten Finanzierungsmodells.

Hochschulkonferenz zu schwerfällig

Die Punkte Akkreditierung und Qualitätskontrolle geben nur wenig Anlass zur Diskussion. Die gemeinsame Koordination durch eine schweizerische Hochschulkonferenz, bestehend aus je einem Mitglied der Regierungen aller Kantone sowie dem zuständigen Bundesrat, entspricht dem im Jahr 2006 verabschiedeten Bildungsartikel in der Bundesverfassung. Diese Hochschulkonferenz mit Vetorecht des Bundes erscheint allerdings zu schwerfällig, um wirklich eine nationale Strategie definieren zu können – beispielsweise eine gezielte Entwicklung der Stärken der Hochschulen, die Bündelung der Kräfte oder die Förderung der relevanten wissenschaftlichen Disziplinen. Vor allem werden aber die Finanzierungsmechanismen der kantonalen Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) eine heftige Debatte

auslösen. Man wird wunderbar verfolgen können, was gelebter Föderalismus ist!

Finanzierungsmodell führt zu Kostenkonkurrenz

Der neue Gesetzestext vereinigt das aktuelle Universitätsförderungsgesetz und das Bundesgesetz über die Fachhochschulen. Der ETH-Bereich hingegen wird weiterhin dem Bundesgesetz über die ETHs unterstellt sein. Für die Finanzierung der Universitäten und Fachhochschulen sind die jeweiligen Kantone zuständig. Der Bund finanziert die Institutionen des ETH-Bereichs, den Nationalfonds, die KTI und die Forschungsprogramme der EU.

Es stehen verschiedene Finanzierungsmodelle zur Diskussion. Eines sieht vor, dass Bund und Kantone gemeinsam die Höhe der benötigten Mittel bestimmen. Um Transparenz zu schaffen, sind bei diesem Modell die Referenzkosten pro Student ausschlaggebend. Je nach der Zugehörigkeit der Studierenden zu bestimmten Disziplinen oder Fachbereichen (drei Kategorien für kantonale Universitäten, vierzehn für Fachhochschulen) berechnen sich diese unterschiedlich. Den kantonalen Universitäten bezahlt der Bund einen Grundbeitrag von zwanzig Prozent der gesamten Referenzkosten, den Fachhochschulen dreissig Prozent. Dieser «Pauschalbeitrag» hindert aber keinen Kanton daran, höhere Beträge in seine Hochschule(n) zu investieren. Die Referenzkosten sind noch nicht bekannt. Deren Kalkulierung könnte sich beispielsweise auf eine Kostenrechnung der Hochschulen stützen. Diese Berechnungsart würde zu einer Kostenkonkurrenz zwischen den Institutionen und damit zu einem gewissen Druck mit politischen Auswirkungen führen. Mit diesem Finanzierungssystem müssten die Kantone ungefähr siebzig bis achtzig Prozent der Kosten ihrer Hochschulen decken.

Der Rest würde durch ein interkantonales Konkordat aufgebracht: Der Kanton A müsste für seine Studierenden, die im Kanton B eine Hochschule besuchen, diesem Kanton Beiträge bezahlen. Die zur Diskussion stehenden Modelle sehen ferner eine gemeinsame Finanzierung der kostenintensiven Bereiche – namentlich der Medizin und der Naturwissenschaften – von Bund und Kantonen vor.

Alternativen müssen vorbereitet, Fristen überdacht werden

Kompliziert? Sehr kompliziert. Um den politischen Entscheidungsträgern die Thematik zu verdeutlichen und einen nationalen Konsens zu ermöglichen, müssen verschiedene Varianten und Szenarien vorbereitet werden. Auch dann sind noch Abweichungen zwischen den Budgettrichtlinien und den effektiv verabschiedeten Etats möglich. Das letzte Wort haben in Budgetfragen immer die Parlamente, sei es auf Kantons- oder Bundesebene. Sie bestimmen auch den Betrag für die Referenzkosten. Liegt dieser unter der theoretisch benötigten Summe, sind Konflikte vorprogrammiert.

Das Finanzierungsmodell lässt noch andere Fragen offen: Wie werden die Referenzkosten berechnet? Wieso erhalten die Universitäten vom Bund zwanzig, die Fachhochschulen dreissig Prozent der Referenzkosten? Müssen für Studierende, deren Eltern nicht in der Schweiz Steuern zahlen, neue Studiengebühren in Betracht gezogen werden? Braucht es ein neues nationales Stipendiensystem oder leistungsabhängige Komponenten in der Finanzierung? Die Bundesbeschlüsse betreffend der gemeinsamen Koordination und der

Akkreditierung treten möglicherweise bereits 2012 in Kraft. Die Finanzbeschlüsse können hingegen nicht vor 2016 bis 2017 erlassen werden. Es ist anzunehmen, dass erst das neue, im Oktober 2011 zu wählende Parlament die Botschaft des Bundesrats behandelt. Diesen Gedankengang haben aber erst die wenigsten vollzogen. Nachdem es mit der «Hochschullandschaft Schweiz» 2008 nicht geklappt hat und wahrscheinlich auch der Gesetzesentwurf 2012 nicht zustande kommt, wird es wohl eher 2017 werden.

Zu den Vernehmlassungsantworten auf den Gesetzesentwurf: www.sbf.admin.ch/htm/themen/uni/hls-vernehmlassung_de.html

news

Mehrwertsteuer-Revision

Kooperationen zwischen Hochschulen gefährdet

Die Botschaft des Bundesrats vom 26. Juni 2008 zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer (MwSt) lässt die Akteure im Bereich Bildung und Forschung aufschrecken: Die Vorlage sieht vor, die Kooperationen unter den Universitäten, Fachhochschulen und ETHs der Mehrwertsteuer zu unterwerfen, während sich alle politischen Kräfte einig sind, dass Zusammenarbeiten im Bereich Bildung und Forschung gefördert werden sollten.

Die beiden von der Regierung vorgesehenen Reformmodelle (Vereinfachung und Einheitssatz) würden die Hochschulen mit neuen Ausgaben von 90 bis 150

Million Franken pro Jahr belasten. Die geplante Reform übersieht, dass im Rahmen der aktuellen MwSt-Praxis bereits eine Lösung für eine steuerfreie Kooperation zwischen den Hochschulen sowohl in der Bildung als auch in der Forschung gefunden worden ist. Dieser Fehler in der Vorlage muss in den anstehenden Kommissionssitzungen korrigiert werden. Das Netzwerk FUTURE wird in diesem Sinn ein geeignetes und klares Argumentarium zur Verfügung stellen.

Forschung am Menschen

Nationalrat belässt nur Kompetenznorm

Am ersten Tag der Herbstsession hat der Nationalrat den neuen Bundesverfassungsartikel zur Forschung am Menschen (FaM) gekürzt. Vom bundesrätlichen Vorschlag blieb nur noch die Kompetenznorm stehen: «Der Bund erlässt Vorschriften über die Forschung am Menschen, soweit der Schutz seiner Würde und Persönlichkeit es fordert.» Insbesondere soll dabei die Freiheit der Forschung gewahrt und der Bedeutung der Forschung für Gesellschaft und Gesundheit Rechnung getragen werden. Weitergehende Grundsätze, die bei der FaM zu beachten sind, liess der Nationalrat weg.

www.parlament.ch/ab/frameset/dn/4805/274087/d_n_4805_274087_274094.html

SMS

Shanghai Ranking 2008: Schweiz mit acht Hochschulen vertreten

Auch im diesjährigen Hochschulranking der Shanghai Jiao Tong University (Shanghai Ranking 2008) ist die Schweiz, wie auch schon in den Jahren davor, mit acht Hochschulen in den Top 500 vertreten. Drei Hochschulen, namentlich die ETH Zürich (Rang 24), die Universität Zürich (Rang 53) sowie die Universität Basel (Rang 87), schafften es in die Top 100 der weltbesten Hochschulen.

Impressum

Netzwerk FUTURE
Bim Zytglogge 1
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch
© Netzwerk FUTURE 2008

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

Im Fachbereich «Naturwissenschaften und Mathematik» belegt die ETH Zürich weltweit den 15. und europaweit den dritten Platz. Die ETH Lausanne konnte bei den «Ingenieur-, Technische und Informatikwissenschaften» Plätze gutmachen und belegt nun weltweit den 18. und europaweit den 2. Rang.

www.arwu.org

SNF fördert Gleichstellung

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) verpflichtet sich in einem Leitbild zur Gleichstellung, gewisse Standards einzuhalten und Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung umzusetzen. Nach wie vor sind Frauen in höheren akademischen Positionen untervertreten. So liegt der Professorinnenanteil in der Schweiz gegenwärtig bei 14 Prozent.

Frauen in den ETH-Schulleitungen

In der laufenden Leistungsperiode 2008-2011 sind erstmals sowohl in der ETH Zürich als auch in der ETH Lausanne Frauen in den Schulleitungen vertreten. Mitte August 2008 wählte der ETH-Rat Dr. Adrienne Corboud Fumagalli zur Vize-Präsidentin für Innovation und Valorisation. Sie wird ihre neue Aufgabe per 1. September 2008 aufnehmen – genau ein Jahr nachdem Prof. Heidi Wunderli-Allenspach als erste Rektorin der ETH Zürich ihr Amt angetreten hat.

www.cepf.ch

Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt

Fünf Jahre nach dem Abschluss verdienen Universitätsabsolventen mit einem durchschnittlichen Jahresgehalt von 90'000 Franken jährlich 2'000 Franken mehr als Fachhochschulabsolventen. Die Jahre davor ist es gerade umgekehrt, da viele Universitätsabgänger nach dem Abschluss Praktika- oder Doktoratsstellen übernehmen. Allgemein verzeichnen Wirtschaftswissenschaftler das höchste Einkommen. Dies geht aus der kürzlich publizierten Studie «Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt» des Bundesamts für Statistik (BFS) hervor.

Die Studie «Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt» des BFS findet sich unter:

www.bfs.admin.ch → Bildung

Andreas Fischer ist neuer Rektor der Universität Zürich

Am 1. August 2008 trat Prof. Andreas Fischer sein Amt als Rektor der Universität Zürich an und löste damit Prof. Hans Weder ab, der die Universität Zürich von 2000 bis Juli 2008 als Rektor geleitet hatte. Die Universitätsleitung setzt sich neu zusammen aus Prof. Andreas Fischer, Prof. Heini Murer, Prof. Egon Franck, Prof. Otfried Jarren und dipl. Ing. ETH Stefan Schnyder. Andreas Fischer ist seit 1985 Ordinarius für Englische Philologie an der Universität Zürich und seit 2006 Prorektor Geistes- und Sozialwissenschaften.

Bundesrat genehmigt zweite private Fachhochschule

Der Bundesrat hat am 2. Juli 2008 die Genehmigung zur Errichtung und Führung einer zweiten privaten Fachhochschule erteilt. Die neue Fachhochschule Les Roches-Gruyère bietet ab 2009 einen Bachelor-Studiengang in Hotellerie an. Nach Ansicht des Bundesrats erfüllt sie die gesetzlichen Anforderungen an eine Fachhochschule.

200'000 Studierende im Jahr 2012

Das Bundesamt für Statistik (BFS) stellt seine neusten Szenarien für die Hochschulen vor: Die Zahl der Studierenden an den Schweizer Hochschulen dürfte diesen Herbst um etwa 5'000 steigen und so die Gesamtzahl von 182'500 erreichen. Unter anderem aufgrund der Bologna-Reform ist damit zu rechnen, dass sich dieses Wachstum fortsetzen und die Zahl der Studierenden gegen 2012 bei über 200'000 liegen wird (plus 13 Prozent im Vergleich zu 2007).

www.bfs.admin.ch → Bildung

KMU profitieren von der Innovationsförderung des Bundes

Im Jahr 2007 unterstützte die Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) fast

280 Projekte (2006: knapp 230 Projekte). Die meisten dieser Projekt stammten aus den Bereichen Ingenieurwissenschaften und Enabling Sciences. An den bewilligten Projekten waren über 530 Unternehmen beteiligt, fast 80 Prozent davon KMU. Dies geht aus dem Jahresbericht 2007 der KTI hervor.

250 Mio. für Kooperationsprojekte

Der Bund wird in den Jahren 2008 – 2011 innovative und national bedeutsame Kooperationsprojekte der Schweizer Hochschulen mit insgesamt 250 Millionen Franken fördern. Eine Priorität stellen dabei die Projekte Nano-Tera.ch und SystemsX.ch dar. Sie werden in dieser Periode mit 20 respektive 50 Millionen Franken unterstützt.

www.nano-tera.ch

www.systemsx.ch

Schweizer Beteiligung an EU-Forschung: Erfreuliche Bilanz

Die Schweiz investierte 780 Millionen Franken in das 6. Forschungsrahmenprogramm der EU (FP6) und erhielt Fördermittel in einer Gesamthöhe von 793 Millionen Franken zurück. Mit einem durchschnittlichen Rückfluss-Koeffizienten (RK) von 1,14 kann die Schweiz für FP6 also einen positiven Return on Investment verbuchen. Besonders erfolgreich waren Schweizer Forschende in den Bereichen Lebenswissenschaften (RK: 1,66), Nano- (1,43) und Informationstechnologien (1,40). Dies geht aus der neu erschienenen Publikation des Staatssekretariats für Bildung und Forschung «Beteiligung der Schweiz am 6. FRP. Zahlen und Fakten» hervor.

www.sbf.admin.ch

News auf netzwerk-future.ch

Auf der neuen Website des Netzwerks FUTURE www.netzwerk-future.ch finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Forschung, Bildung und Innovation.